

Heute in der NW - Urteil "Zwangsversetzung" OLG Münster

Beitrag von „Tom123“ vom 13. August 2024 21:56

Zitat von s3g4

In Hessen sind das auch 30% des Bruttoeinkommen (ohne Mehrarbeit). Das ist über ein gesamtes Arbeitsleben doch einiges. Wenn die Rückstellungen nicht reichen, dann müssen die eben angehoben oder besser investiert werden (keine Ahnung was das Versorgungsamt mit den Rückstellungen anstellt).

Machen wir mal ein schnelles Beispiel:

Beamter, ledig A13 Stufe 4:

Brutto 5287,93€ -> Versorgungsrückstellung: 1586,38€

Angestellter, ledig E13 Stufe 3 (etwa gleiche Erfahrung)

Brutto 4809,67€ -> DRV 485,18€ (den Arbeitnehmeranteil zahlt das Land nicht)

Alles anzeigen

Also Du musst schon gleiche Rahmenbedingungen und Gehälter vergleichen. Ein Angestellter mit E13 Stufe 3 verdient rund 2.900 € netto. Ein Beamter mit A13 Stunde 4 verheiratet 2 Kinder verdient rund 3.700 €. Unverheiratet ohne Kind kannst Du immer noch mit 3.500 € rechnen. Dafür müsste der Angestellte schon rund 6.000 € Brutto verdienen. Dazu kommen noch 500 € Arbeitnehmeranteil an den Sozialausgaben. Dann haben wir aber in der Rentenphase immer noch massive Unterschiede zum Beamten. Dazu wird auch die Mehrheit der Beamten verheiratet sein und viele auch Kinder bekommen. Wir können natürlich die Besoldung einfach um 500 € kürzen. Dann sparen wir auch viel Geld.

Zitat von s3g4

Wer ist nun teurer im Monat für die Altersvorsorge?

Das ist aber ein selbst gemachtes Problem von NDS

Leider nicht nur in Niedersachsen. Die Mehrheit der Bundesländer scheint damit ein Problem zu haben. Gibt es überhaupt Bundesländer, die die 30% einzahlen?

Wenn Du das mal recherchierst, haben viele Länder die bestehenden Rücklagen sogar aufgelöst oder nutzen sie um Haushaltslöcher zu stopfen.

Wenn ich das richtig lese, hat auch Hessen Stand 2020 gerade mal 4 Mrd Rücklage für 100 Mrd Zahlungsverpflichtungen aufgebaut. Da scheint es auch nicht so geklappt zu haben.

Aber genau das war doch die Aussage. Die Länder stellen jetzt Beamte ein und sparen Geld weil die Pensionen später von anderen gezahlt werden müssen.